

Donnerstag, 16. September 2010

Berliner Zeitung

Berlin

STUDIE

Berlin - Hauptstadt der Kinderarmut



Foto: dpa

190.000 Kinder sind in Berlin von Armut bedroht. "Gute Ziele werden nicht konsequent genug verfolgt", sagt Sabine Walther vom Kinderschutzbund.

von Anne Vorbringer und Martin Klesmann

Berlin - In Berlin sind Kinder und Jugendliche so häufig von Armut betroffen wie nirgendwo sonst in Deutschland. Das berichtete gestern der Deutsche Kinderschutzbund (DKSB). Von den 490 000 Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren in Berlin sind demnach 190 000 von Armut bedroht, also knapp 40 Prozent aller Kinder und Jugendlichen. Damit weist Berlin zum fünften Mal in Folge die bundesweit höchste Kinderarmut auf.

Bremen und Sachsen-Anhalt folgen Berlin in der Statistik. Bundesweit leben laut Kinderschutzbund 2,5 Millionen Kinder auf Sozialhilfeniveau. In seiner Studie bezog sich der DKSB auf Daten des Bremer Instituts für Arbeitsmarktforschung. Danach gelten jene Kinder und Jugendlichen als arm, die in Familien leben, die staatliche Sozialtransferzahlungen wie Hartz IV oder Wohngeld erhalten. „Seit Einführung der Hartz-IV-Gesetze ist die Hauptstadt trauriger Spitzenreiter in Sachen Kinderarmut“, sagte die Geschäftsführerin des Berliner DKSB-Landesverbandes, Sabine Walther.

Sie forderte, die Hilfe besser zu vernetzen. So solle eine frühzeitige Familienbetreuung für alle Kinder angeboten werden, nicht nur für Erstgeborene. Solche Maßnahmen seien vor allem in besonders betroffenen Bezirken wie Mitte und Neukölln wichtig. Kitas, Ganztagsangebote und die dortige Verpflegung sollten kostenlos sein. Die Bedarfsprüfung für Hortplätze an offenen Ganztagschulen sei abzuschaffen.

Berlins Sozialsenatorin Carola Bluhm (Linke) sagte, in der Stadt werde schon viel getan. „Kinderarmut ist Elternarmut. Deswegen bekämpfen wir Niedriglöhne und prekäre Beschäftigung, wir haben mehr als 100 000 neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze geschaffen. Für Kinder haben wir Kitagebühren abgeschafft und kostengünstiges Mittagessen in Ganztags-Grundschulen ermöglicht.“

Sandra Scheeres, SPD-Familienpolitikerin im Abgeordnetenhaus, verwies auf den SPD-Beschluss „Kinderarmut bekämpfen“, der die Einrichtung von weiteren Familienzentren in Kitas und die

Lernmittelfreiheit an öffentlichen Schulen vorsehe. Die sei erst ab 2012 möglich, „Der Senat kann auch nicht so viel Geld ausgeben, dass dadurch die nachfolgenden Generationen über Gebühr belastet werden“, so Scheeres.

Die Berliner CDU-Politikerin Emine Demirbüken-Wegner warnte indes davor, Geld nur in kurzfristig angelegte Sozialprojekte zu geben. „Wir brauchen aufsuchende Sozialarbeit, vor allem für Familien in den Problembezirken“, sagte sie. „Der beste Schutz gegen Kinderarmut ist die Erwerbstätigkeit der Eltern“, sagte Grünen-Familienpolitikerin Elfi Jantzen.

Berliner Zeitung, 16.09.2010